

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Schröder (Lüneburg), Dr. Warnke, Dr. Marx, Baron von Wrangel, Niegel, Seitzers, Dr. Ritz, Dr. Althammer, Biehle, Ey, Nordlohne, Dr. von Bismarck, Dr. Narjes, Dr. Müller-Hermann, Hösl, Dr. Köhler (Wolfsburg), Carstens (Emstek), Eilers (Wilhelmshaven), Frau Pieser, Schedl und Genossen
– Drucksache 7/2565 –

betr. die wirtschaftliche Situation in den strukturschwachen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 10. Oktober 1974 – IC 2 – 02 11 30 – namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

Die erbetenen Angaben zur wirtschaftlichen Situation in den strukturschwachen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland sind in der amtlichen Statistik in der zur Beantwortung der hier gestellten Fragen notwendigen regionalen Untergliederung nicht vorhanden oder liegen für den gewünschten Zeitraum nicht vor. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die Regionalstatistik verbessert werden muß. Dies ist jedoch nur schrittweise möglich. Einen geeigneten Ansatzpunkt sieht sie in dem beim Statistischen Bundesamt erarbeiteten Programmentwurf zur Ergänzung und Verbesserung der Regionalstatistik. Um unter den gegebenen Umständen jedoch so umfassend wie möglich die Fragen zu beantworten, ist auf im Bundesministerium für Wirtschaft erarbeitete Statistiken zurückgegriffen worden.

1. Wie hat sich die Anzahl der vorhandenen Arbeitsplätze in den strukturschwachen Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe seit dem 1. Januar 1972 entwickelt?

In den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist im Zeitraum vom 1. Januar 1972 bis zum 30. Juni 1974 die Entstehung von rd. 319 000 neuen Arbeitsplätzen – vor allem im produzierenden Bereich – gefördert worden. Alle Wirtschaftsbereiche umfassende Beschäf-

tigtenzahlen, die nicht mit Arbeitsplätzen gleichgesetzt werden können, sind in der zur Beantwortung der Frage notwendigen regionalen Tiefengliederung letztmalig in der Arbeitsstättenzählung von 1970 ermittelt worden.

2. Wie hoch ist die Anzahl der Konkurse in den strukturschwachen Gebieten im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet seit dem 1. Juli 1973 bis heute, und wie viele Beschäftigte sind davon betroffen worden?

Die Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren liefert nur Angaben für das Bundesgebiet und für die Bundesländer. Auf Kreisebene liegen die Angaben nur für einige Bundesländer vor, so daß von der Bundesregierung für die strukturschwachen Gebiete insgesamt keine Angaben gemacht werden können.

3. Wie hat sich das Bruttoinlandsprodukt in diesen Gebieten im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik entwickelt?

Angaben über das Bruttoinlandsprodukt liegen nach den Berechnungen der statistischen Landesämter in der Gliederung nach Kreisen für die Jahre 1961, 1968 und 1970 vor; 1968 allerdings nicht für bayerische Kreise. Eine Aufbereitung des Bruttoinlandsprodukts für die wirtschafts- und strukturschwachen Gebiete, die den Vergleich zum Bundesgebiet ermöglichen würde, ist bisher nicht durchgeführt worden. Sie könnte sich durch die fehlenden bayerischen Angaben für 1968 auch nur auf die beiden Jahre 1961 und 1970 stützen. Die Bundesregierung wird eine derartige Aufbereitung durchführen und alsbald vorlegen.

4. Wieviel Ansiedlungs- und wieviel Abwanderungsfälle aus der gewerblichen Wirtschaft hat es in den strukturschwachen Gebieten seit dem 1. Juli 1973 bis heute gegeben?

In den Gebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sind vom 1. Juli 1973 bis zum 30. Juni 1974 671 Neuansiedlungen gewerblicher Produktionsbetriebe gefördert worden. Über die Zahl der Betriebe, die sich darüber hinaus ohne Förderung in diesen Gebieten angesiedelt haben, liegen der Bundesregierung keine statistischen Angaben vor. Dies gilt auch für die Zahl der Abwanderungen.

5. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der strukturschwachen Gebiete bei der Vergabe öffentlicher Aufträge der Ministerien und Einrichtungen des Bundes im Vergleich zur Gesamthöhe der öffentlichen Aufträge im Jahre 1973 und in der bisherigen Zeit des Jahres 1974?

Der Anteil der öffentlichen Aufträge, den die Vergaberessorts des Bundes im Jahre 1973 an Betriebe im Zonenrandgebiet ver-

geben haben, beträgt rd. 10 v. H. Für das Jahr 1974 dürfte sich ein etwa gleichhoher Anteil ergeben. Statistiken über den Anteil aller strukturschwachen Gebiete an der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes liegen nicht vor.